



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

20. Jahrgang, Nummer 02 / 2023

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

auch nach der erfolgten Stilllegung der AKW in der Bundesrepublik gibt es weiterhin viel Arbeit für die Anti-Atomkraft-Initiativen und auch für die gesamte Umweltschutzbewegung. Noch immer sind bei uns „sonstige Atomanlagen“ in Betrieb, Atom Müll wird hin- und hergeschoben, der Verbleib des Atom Mülls ist ungeklärt und in Nachbarländern laufen weiterhin AKW bzw. werden neue geplant.

Die gesamte Energiewende ist nach wie vor auch für die Bürgerinitiativen im Umweltbereich eine große Herausforderung – man denke nur an die Auseinandersetzungen um CCS oder um die Stromtrassen-Planungen. Von einer Mobilitätswende sind wir weit entfernt, Klima- und Artenschutz sind notwendiger denn je und trotz aller Warnungen sieht man landauf und landab wie Pestizide auf die Felder gespritzt werden und Biotope verschwinden.

Die Arbeit der Umweltschutz-Bürgerinitiativen ist und bleibt weiterhin extrem wichtig, Und wichtig ist da auch das Engagement des BBU als Dachverband. Daher die bekannte Bitte: Unterstützt unsere Arbeit mit kleinen oder großen Spenden und werbt bitte neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Privatpersonen) damit der BBU einen starken Rückhalt hat und sich weiterhin konsequent für einen echten Atomausstieg und für eine gesunde und lebenswerte Zukunft engagieren kann

BBU-Spendenkonto:

Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33

Stichwort: Sommer 2023

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch eine angenehme Sommer- und Ferienzeit.

Wir trauern um Wolfgang Kühr

Wie dem BBU mitgeteilt wurde, ist Wolfgang Kühr am 16. April 2023 im Alter von 71 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Leider eine sehr traurige Nachricht.

Wolfgang war vielfältig interessiert und engagiert und er war von 1996 bis 2007 BBU-Vorstandsmitglied. Besonders wichtig war ihm immer der Widerstand gegen die Atomindustrie und die Warnung vor der Nutzung jeglicher Atomtechnik ("zivil" und militärisch). Und so fuhr er mit der Bahn und Rollator mit fast letzter Kraft noch vor etwa zwei Jahren zu einem Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage. Eng verbunden fühlte er sich auch immer mit dem Widerstand gegen die Atomanlagen in Lingen und mit dem Elternverein Restrisiko Emsland. Aber er unterstützte auch viele andere Initiativen und Organisationen.

Wolfgang ist am Tag nach der Stilllegung der letzten drei AKW (in der Bundesrepublik) gestorben. Ob er die Stilllegung noch bewusst mitbekommen hat, wissen wir leider nicht.

Am 11. Mai 2023 wurde Wolfgang in Essen beigesetzt. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

In stillem Gedenken - Vorstand und Geschäftsführung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V.



Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter

<https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter

<https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Anlagensicherheit

Kundgebung und Ausstellung: Leverkusen mahnt: Sicherheit für die Bevölkerung!

27.7.2023, 15.00 Uhr, Rathausplatz Leverkusen

Am 27. Juli 2021 ereignete sich im Leverkusener Chem-"park" der CURRENTA (ehemals BAYER Industry Services GmbH & Co. OHG) eine gewaltige Explosion. Mehrere Tanks mit chemischem Sondermüll gingen in die Luft. Zwei Jahre liegt die Explosion nun zurück. Und wie sieht die Bilanz der Katastrophe aus?

Die Verantwortlichen der Explosion sind weiterhin am Ruder. Die Anlage ist wieder im "Normalbetrieb", weiterhin in gefährlicher Nähe zu den Wohngebieten.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.cbgnetwork.org/8185.html>

Artenschutz

Flächenverbrauch stoppen, Biolandbau ausbauen und Wälder schützen

Anlässlich des diesjährigen internationalen Tages der biologischen Vielfalt (22.05.2023) hat der BBU zur dringend notwendigen Förderung des Artenschutzes aufgerufen. „Die natürlichen Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten werden immer knapper. Der Schutz der Artenvielfalt muss bei Planungsvorhaben umfassend berücksichtigt werden, der enorme Flächenverbrauch muss endlich gestoppt werden“, fordert Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Zum Schutz der Artenvielfalt setzt sich der BBU in der Landwirtschaftspolitik für den Ausbau des Bio-Landbaus ein, der durch den Verzicht auf chemische Keulen den Artenschutz fördert. Zudem spricht sich der BBU gegen den Einsatz von genmanipulierten Pflanzen und für die Nutzung alter, regional bedeutsamer Gemüse- und Obstsorten aus.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 22.05.2023.

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/22.05.23.pdf>

Atomenergie

BBU: Stilllegung der Atomkraftwerke genügt nicht!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt die erfolgte Stilllegung der letzten drei Atomkraftwerke in der Bundesrepublik. „Es ist ein großes Ereignis, dass endlich die letzten Atomkraftwerke in Niedersachsen, Baden-Württemberg und in Bayern endgültig vom Netz sind. Aber das genügt nicht. Auch die Anlagen in Gronau, Lingen und Garching müssen gestoppt werden. Und natürlich wird sich die Anti-Atomkraft-Bewegung weiterhin für einen umfassenden internationalen Atomausstieg einsetzen. So muss zum Beispiel das massive Atomprogramm in Frankreich gestoppt werden, in den Niederlanden darf kein neues AKW gebaut werden und der Uranabbau in afrikanischen und anderen Ländern muss beendet werden“, fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Eine klare Absage erteilt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz dem Ministerpräsidenten Bayerns, der sich für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ausgesprochen hat.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 17.04.2023.

Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/17.04.23.pdf>

Proteste gegen die Uranfabriken in Almelo (NL), Gronau und Lingen

Vor den Urananreicherungsanlagen in Gronau und Almelo wurde am 21.4.23 für die sofortige Stilllegung der Anlagen und auch für einen gesamten internationalen Atomausstieg demonstriert. Anlass der Protestaktionen war eine internationale Konferenz der Atomindustrie, die in Den Haag stattgefunden hatte. Hauptsponsor des „World Nuclear Fuel Cycle 2023 (WNFC)“ war der Urenco-Konzern, Zum Rahmenprogramm der Konferenz gehörten Busfahrten zu den Urananreicherungsanlagen in Gronau und Almelo, die vom Urenco-Konzern betrieben werden. *Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.04.2023.*

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/21.04.23.pdf>

Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: Einstieg von russischem Atomkonzern in Lingen verhindern

Zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erneuern Anti-Atomkraft-Initiativen aus Niedersachsen und NRW sowie Umweltverbände ihre Forderung nach einer Verhinderung des Einstiegs des staatlich-russischen Atomkonzerns Rosatom in die Brennelementeproduktion im emsländischen Lingen. Durch die Beteiligung am französischen Betreiber Framatome erhält Rosatom direkten Zugriff auf äußerst sensible Atominfrastruktur in Deutschland. Sogar Mitarbeiter des Kreml-Konzerns sollen in Lingen laut Umweltministerium in Hannover "unterstützend" tätig werden.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 26.04.2023.

Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/26.04.23.pdf>

Umweltorganisationen fordern Stopp des Uranhandels mit Russland

Trotz des fortgesetzten Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und ungeachtet aller Versuche, den Krieg in der Ukraine mithilfe von Wirtschaftssanktionen zu beenden, wird die niedersächsische Stadt Lingen immer mehr zum Drehkreuz lukrativer Geschäftsbeziehungen mit dem Kreml: Ende Mai wurde erneut Uran aus Russland nach Lingen geliefert, zudem wurde erneut eine Ausfuhrgenehmigung für weitere nukleare Brennstäbe an den russischen Bündnispartner Kasachstan erteilt, und wie das BASE jüngst bestätigte, hat ANF/Framatome erneut die Einfuhr von weiterem Uran aus Russland beantragt. Ein weiterer Antrag zur umfangreichen Kooperation zwischen ANF/Framatome Lingen und dem russischen Atomkonzern Rosatom liegt zur Bearbeitung im niedersächsischen Umweltministerium.



Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 06.06.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/06.06.23.pdf>

Konsequenz aus Staudamm-Bruch in Ukraine: Internationale Schutzzone für AKW Saporischschja

Die Friedensnobelpreisträgerin IPPNW, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie Anti-Atomkraft-Initiativen aus Niedersachsen und NRW fordern angesichts des dramatischen Staudamm-Bruchs in der Ukraine eine sofortige und entschiedene diplomatische Initiative der Bundesregierung und der EU zur Einrichtung einer internationalen und entmilitarisierten Schutzzone rund um das Atomkraftwerk Saporischschja unter Aufsicht der UNO. Die Verbände und Initiativen fürchten, dass das Auslaufen des zerstörten Dnipro-Staudamms auch zu einem dramatischen Verlust an Kühlwasser für das AKW führen kann. Auch sind weitere Kämpfe oder Sabotageakte rund um das AKW jederzeit möglich. Die Zerstörung des Staudamms sorgt auch flussabwärts für eine enorme Umweltkatastrophe und für neues Leid.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 09.06.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/09.06.23.pdf>

Geheimer Atomtransport rollt quer durch NRW Richtung Frankreich

Auch nach der Stilllegung der letzten Atomkraftwerke in der Bundesrepublik rollen geheime Atomtransporte quer durch das Bundesgebiet. Nach einer aktuellen Sichtung auf der Emslandautobahn A 31 protestiert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegen die gefährlichen und ungeschützten Atomtransporte. Der Verband fordert das Verbot derartiger Risikotransporte und fordert zudem einen vollständigen Atomausstieg, der auch die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen) umfassen muss. Beide Anlagen haben bislang unbefristete Betriebsgenehmigungen und produzieren Uranbrennstoff für den internationalen AKW-Markt.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 16.06.2023.

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/16.06.23.pdf>

BBU erhebt Einspruch gegen die geplante Laufzeitverlängerung belgischer Atomkraftwerke

Die Laufzeit der belgischen Atomreaktoren Doel 4 und Tihange 3 soll bis zum Jahr 2035 verlängert werden. Gegen diese Pläne hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Einspruch in Belgien erhoben.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.06.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/21.06.23.pdf>

Münsterland: Urananreicherung stoppen und Atommülltransporte nach Ahaus verhindern!

Die Atomanlagen im Münsterland bleiben weiterhin im Zentrum der Kritik örtlicher und überörtlicher Anti-Atomkraft-Initiativen. Im August finden an der Urananreicherungsanlage in Gronau sowie in der Ahauser Innenstadt Protestaktionen statt; in Ahaus befindet sich ein sogenanntes Atommüll-„Zwischen“lager. Der

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau fordert, dass die Urananreicherungsanlage gestoppt und drohende Atommülltransporte nach Ahaus verhindert werden. „Der Atomausstieg muss auch im Münsterland erfolgen“, fordert der AKU Gronau. Für den 20. August ist eine Kundgebung in Ahaus geplant. Sie beginnt um 14 Uhr in der Innenstadt am „Mahner“.

Aus einer Pressemitteilung des AKU Gronau vom 06.07.2023. Der AKU ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

AKW Borssele (NL) 50 Jahre in Betrieb / BBU erhebt Einspruch gegen Laufzeitverlängerung

Das niederländische Atomkraftwerk Borssele ist genau 50 Jahre am Netz, seit dem 4. Juli 1973, und es hat eine Betriebsgenehmigung bis 2033. Die niederländische Regierung plant die Verlängerung der Laufzeit und hat dafür ein komplexes Genehmigungsverfahren gestartet. Im Rahmen dieses Verfahrens hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in den Niederlanden Einspruch gegen eine Laufzeitverlängerung erhoben. Gleichzeitig hat sich der BBU für die sofortige Stilllegung des Reaktors und gegen Pläne zum Bau neuer niederländischer Atomkraftwerke ausgesprochen. Udo Buchholz vom BBU-Vorstand betont, dass ein AKW, „das seit 50 Jahren in Betrieb ist, eine tickende Zeitbombe ist. Es darf nicht bis 2033 am Netz bleiben und jegliche Pläne für Laufzeitverlängerungen darüber hinaus müssen unverzüglich gestoppt werden.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.07.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/11.07.23.pdf>

Drohende Atommülltransporte: Bürgerinitiative schreibt an NRW-Wirtschaftsministerin

Die Diskussion um drohende Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus spitzt sich zu. Kürzlich wurde ein (unbeladener) LKW-Probetransport von Jülich nach Ahaus durchgeführt und rund 50 Personen demonstrierten spontan vor Ort in Ahaus. (Foto). Auch ein Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nahm an der Protestaktion teil. Jetzt hat die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, die im BBU organisiert ist, die zuständige NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur angeschrieben. In einer Pressemitteilung vom 13. Juli 2023 heißt es dazu: „Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in NRW wurde die Minimierung von Atomtransporten als Ziel genannt. Im Falle der in Jülich lagernden Brennelemente wollte die Landesregierung deswegen die Option eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben, um Transporte nach Ahaus zu verhindern. Inzwischen wird aber immer deutlicher, dass die Betreiber in Jülich die Neubau-Option sabotieren und schnellstmöglich ihren Atommüll nach Ahaus bringen wollen. Die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" hat sich deshalb letzte Woche erneut in einem Schreiben an Landesministerin Mona Neubaur gewandt und ihre Besorgnis dargelegt.“



Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 13.07.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/13.07.23.pdf>

Nach tödlichem Atomunfall in russischer Uranfabrik: Atomkraftgegner:innen schreiben an Atomaufsichts-Ministerien

Anti-Atom-Initiativen aus dem Münsterland haben in Schreiben an das NRW-Wirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium Aufklärung zu dem tödlichen Unfall in der russischen Urananreicherungsanlage Novouralsk gefordert. Eine weitere Anfrage des Bündnis AgiEL aus Lingen an das niedersächsische Umweltministerium ist in Vorbereitung. Die Initiativen fordern die Einschaltung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, um die Ursachen des gravierenden Vorfalls sowie die möglichen Konsequenzen für die deutschen Uranfabriken in Gronau und Lingen zu klären.

Am Sonntag, 6. August, findet um 13.30 Uhr vor der Urananreicherungsanlage Gronau zum 78. Jahrestag der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki eine Mahnwache statt. Zugleich soll daran erinnert werden, dass Urenco die Verantwortung für den eigenen Atommüll in Russland nicht einfach wegdelegieren kann. Zugleich fordern die Initiativen endlich klare Schritte zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau sowie der Brennelementefabrik Lingen im Rahmen des deutschen Atomausstiegs.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 18.07.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/18.07.23.pdf>

Biblis-Bauschutt nach Büttelborn?

Jetzt müssen die Gerichte entscheiden

Im Streit um schwach radioaktiven Bauschutt vom Rückbau des stillgelegten Atomkraftwerks Biblis hat das Regierungspräsidium Darmstadt die Deponie Büttelborn zur Lagerung verpflichtet - aber nicht sofort. Nun wird der Konflikt wohl die Gerichte beschäftigen.

Quelle und vollständige Meldung der Hessenschau vom 21.07.2023: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/biblis-akw-schutt-in-deponie-buettelborn-jetzt-muessen-gerichte-entscheiden-v2.bauschutt-biblis-buettelborn-100.html>

Bundesweite Atommüllkonferenz am 7. Oktober 2023 in Göttingen

Die Atommüllkonferenz ist ein fachlich-politisches, parteiunabhängiges Forum für Betroffene und Akteure von den Standorten, an denen Atommüll liegt oder an denen die Lagerung vorgesehen ist. Ausdrücklich erwünscht ist die Teilnahme unabhängiger, kritischer WissenschaftlerInnen und von VertreterInnen von Verbänden und NGOs, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Wichtig ist uns eine Mischung aus Fakten, Erfahrungsaustausch und Absprache gemeinsamer Positionen und Vorhaben.

Quelle und weitere Informationen (z. B. Konferenzprogramm sowie Positionspapiere zu „Abschaltung, Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken“ oder „Freigabe von radioaktiven Stoffen“): <http://www.atommuellkonferenz.de>

CCS / CO2-Speicherung

Wissenschaftler, führende Akteure der Energiewende und zahlreiche Organisationen verlangen von der Bundesregierung: Ziehen Sie Ihre CCS-Pläne zurück!

Die Bundesregierung beabsichtigt den Aufbau einer CCS-Infrastruktur und will diesen mit Steuermilliarden fördern. CO₂-Emissionen aus Industrie, hoch skaliertes Verbrennen von LNG-Gas, sowie aus der Produktion von "blauem" Wasserstoff sollen abgesondert und über ein Netz von CO₂-Pipelines zu ausgeförderten Erdgasfeldern transportiert und dort verpresst werden. Dass das Verfahren nicht als Klimaschutz bezeichnet werden kann, hat sich in vieler Hinsicht herausgestellt. Es soll jedoch als Rechtfertigung jahrzehntelanger Weiterführung der fossilen Energiewirtschaft benutzt werden. Gegen diese Pläne haben Wissenschaftler, prominente Akteure der Energiewende und zahlreiche Organisationen in einem gemeinsamen Positionspapier "CCS: Stoppt den industriellen Hochlauf!" Stellung bezogen. Der "Runde Tisch Erneuerbare Energien", der die Aktion organisiert hat, hat das Positionspapier mit den Unterzeichnenden Bundeskanzler Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Umweltministerin Lemke übersandt



Aus einer Pressemitteilung des Runden Tisches Erneuerbare Energien vom 05.06.2023.

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/05.06.23.pdf>

Gasbohrungen

Ein breites Bündnis aus Umweltorganisationen und lokalen Initiativen fordert das zuständige Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie auf, die Genehmigungsverfahren für die Gasbohrungen unverzüglich zu stoppen, bis der Schutzstatus der Gebiete geklärt ist. Gegenüber der niederländischen Genehmigungsbehörde müsse das Amt zudem die Verletzung von Beteiligungsrechten wegen unterlassener Umweltverträglichkeitsprüfung geltend machen und das Verfahren aufgrund dieser Fehler stoppen, so das Umweltbündnis. One-Dyas hatte im Juni, nur 500 Meter vom deutschen Schutzgebiet Borkum Riffgrund entfernt, Bohrungen ohne deutsche Zustimmung gestartet.

Aus einer Pressemitteilung der DUH vom 17.07.2023

Vollständiger Text: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/gasbohrungen-vor-borkum-bedrohen-schutzwuerdige-riffe-umweltbuendnis-fordert-ausweitung-der-naturschu/?fbclid=IwAR0oU2E7sBxWp4mFQ8TU6UJLCWRGOAWCM0HAoLAUC5Pn-48rIRcPltycm7k>

Klimaschutz



15. September 2023: Globaler Klimastreik

Vor wenigen Tagen hat die UNO verkündet, dass die nächsten 5 Jahre vermutlich die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnung werden. Wir befinden uns mitten in der Klimakrise. Deswegen müssen wir jetzt raus aus Kohle, Öl und Gas, brauchen eine echte Verkehrswende und einen Aufbruch auf allen Ebenen. Nie zuvor war es wichtiger als in diesem Jahr, dass Menschen weltweit für Klimaschutz aufstehen und zeigen, dass ehrliches, schnelles Handeln dringend notwendig ist. Daher rufen wir am 15. September den nächsten Globalen Klimastreik aus!

Quelle: <https://fridaysforfuture.de/klimastreik>

Tag der Umwelt

Tag der Umwelt: Forderungen an die Politik und Appell an die Bevölkerung

Anlässlich des diesjährigen internationalen Tages der Umwelt (5. Juni 2023) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Politik zum konsequenteren Umweltschutz aufgerufen.

Zur Stärkung der Natur setzt sich der BBU für den Ausbau des Bio-Landbaus ein, der durch den Verzicht auf chemische Keulen den Artenschutz fördert. Der BBU spricht sich gegen den Einsatz von genmanipulierten Pflanzen und für die Nutzung alter und regional bedeutsamer Gemüse- und Obstsorten aus.

Zur Abmilderung der Klimawandels in den Städten ist es nach Auffassung von Udo Buchholz unerlässlich, den Grünanteil in den Straßen und auf Plätzen massiv zu erhöhen. Großkronige Bäume sind dabei ebenso wichtig wie umfassende Fassadenbegrünungen. „Bäume, Sträucher und Fassadenbegrünungen fördern zudem den Artenschutz in den Innenstädten“ betont der BBU. Außerhalb der Städte ist es dringend notwendig, den Flächenverbrauch zu reduzieren und den Anteil artenreicher Wälder zu steigern. Monokulturen sind dabei zu vermeiden und vorhandene Monokulturen sind in Mischwälder umzustrukturieren.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.06.2023

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/02.06.23.pdf>

Tonerschäden

Schutz der Atemluft im Innenraum – denn für die Lunge gibt es keine Pille danach!

Ultrafeine Stäube und Nanopartikel aus Laserdruckern und Kopierern in Innenräumen schaden nicht nur unseren Atemwegen und lösen Entzündungen aus, sie können bei der Entwicklung von Asthma eine Rolle spielen und erhöhen zudem das Sterberisiko deutlich

Asthma ist eine Erkrankung der Atemwege, die durch eine Entzündung der Atemwege verursacht wird. Die Symptome können von Husten und Atemnot bis hin zu schweren Asthmaanfällen reichen. Es gibt viele Ursachen für Asthma, einschließlich Umweltfaktoren wie Staub, Gerüche, chemische und physikalische Reizstoffe und Luftverschmutzung.

Es heißt immer: die Masse macht's. Doch beim Drucken und Kopieren fallen die vielen einzelnen ultrafeinen Partikel (UFP) mit Teilchendurchmessern von unter 0,1 µg kaum ins Gewicht. Dennoch sind sie hoch relevant. Die hohen Partikelanzahl-Konzentrationen in der Atemluft von Innenräumen bergen eine große Gefahr.

Aus einer Pressemitteilung des BBU-Mitglieds nano-Control.

Vollständiger Text: <https://www.nano-control.org/schutz-der-atemluft-im-innenraum-denn-fuer-die-lunge-gibt-es-keine-pille-danach>

Verkehrspolitik

Der 24. BUVKO ist "gelaufen" und wirkt nachhaltig

Der 24. BUVKO fand vom 31. März bis 2. April 2023 unter dem Motto „Was uns antreibt – gesund und klimaschonend unterwegs“ an der Leuphana Universität in Lüneburg mit 360 Teilnehmenden statt.

Die von den Referierenden freigegebenen [Präsentationen](#) werden nach und nach zum Download angeboten. In ausführlicher Form werden die Ergebnisse des 24. BUVKO in Lüneburg in den Ausgaben 2 + 3/23 unserer Zeitschrift mobilogisch! veröffentlicht. Für Teilnehmer:innen sind die beiden Ausgaben in der Kongressgebühr enthalten. Für andere Interessentinnen sind sie als automatisch endendes Kurzabo für 10 Euro erhältlich. Bitte bestellen Sie unter info@buvko.de und geben Ihre Adresse an.

Hier können Sie die im Vorfeld erarbeitete und am 2. April in Lüneburg von den Teilnehmenden verabschiedete [Abschlussresolution](#) lesen.

Quelle und weitere Informationen bei BBU-Mitglied UMKEHR e. V.: <https://www.umkehr.de>



Jena: Bürger*innen-Initiative „Verkehrswende statt Osttangente“ / Einwendungen jetzt!

Es ist soweit, das Planfeststellungsverfahren zur Osttangente wurde gestartet. Bis zum 11.08.23 können Einwendungen geschrieben werden. Je mehr Menschen eine Einwendung schreiben, desto wahrscheinlicher kann die Osttangente noch verhindert werden!

Um das für euch einfacher zu machen, haben wir eine Mustereinwendung verfasst. Diese kannst du ergänzen und dann per Mail oder per Post abschicken.

Quelle und weitere Informationen: <https://klimabuendnis-jena.de/2022/09/osttangente-jena/>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2023, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 13.08.2023. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.